Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

NEWSLETTER OKTOBER 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen und
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

Anfang Oktober waren die ersten 100 Tage der Landesregierung auch schon vorbei. Die Bilanz ist nüchtern. Schwarz-Gelb entzaubert sich als wortbrüchig, selbstgerecht und ungerecht. Nach 100 Tagen Schwarz-Gelb steht fest: Eine Politik für soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Aufstieg wird es mit dieser Koalition nicht geben. Die vielen Versprechen vor der Wahl werden nach hinten geschoben und viele Errungenschaften, für die die SPD seit 2010 verantwortlich war, werden zurückgedreht.

Beim Nachtragshaushalt 2017 wird klar: Diese Regierung predigte in der Opposition jahrelang Wasser und gönnt sich nun den Wein. In wirtschaftlich hervorragenden Zeiten mit hohen Steuereinnahmen werden neue Schulden gemacht. Die Landesregierung plant, in diesem Jahr noch weitere 1,55 Milliarden Euro zusätzlich auszugeben, inklusive 139 zusätzlichen Stellen in der Ministerialbürokratie (rund 7 Millionen Euro). Sie planen aber auch Kürzungen ein, u.a. bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit (10 Millionen Euro). Wir werden der Landesregierung deshalb weiter kritisch auf die Finger schauen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante Lektüre.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Zahl der Sozialwohnungen gibt Anlass zur Sorge

Die Antwort zu einer Kleinen Anfrage meiner Fraktionskollegen Sarah Philipp und Sven Wolf macht mir Sorgen. Die Beiden fragten die Landesregierung, wie sich die Zahl der Sozialwohnungen (fachlich: mietpreisgebundene Geschosswohnungen) in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2000 entwickelt hat und wie die Prognosen bis 2040 aussehen. Die Zahlen geben Anlass zur Besorgnis, wenn nicht weiter daran gearbeitet wird, den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

So hat sich der Bestand mietpreisgebundener Wohnungen von 2000 bis 2016 nrw-weit von 887.644 Wohnungen auf 467.356 Wohnungen reduziert (ein Minus von 47,3%). Die Modellrechnung der NRW.Bank, die die Darlehen im Rahmen der Wohnraumförderung des Landes vergibt und verwaltet, sieht eine weitere Abnahme des Sozialwohnungsbestandes auf 339.090 Wohnungen bis 2025 (-27,4% von 2016-2025) und auf 272.890 Wohnungen bis 2040 (-41,6%).

In Dortmund ist der Sozialwohnungsbestand zwischen 2000 und 2016 von 48.335 auf 19.806 Wohnungen gesunken. Das ist sogar ein Rückgang um 59,0%. Bis 2025 werden es nur noch 15.120 (-23,7% zu 2016) und bis 2040 11.910 Wohnungen (-39,9% zu 2016) sein.

Mit ein Grund für die dramatische Entwicklung sind auch die niedrigen Zinsen der letzten Jahre. Diese machen den sozialen Wohnungsbau für viele Anleger zum einen wenig attraktiv, zum anderen werden seit Beginn der aktuellen Niedrigzinsphase viel mehr Förderdarlehen frühzeitig zurückgezahlt, um so auch früher aus der Mietpreisbindung zu kommen.

In den nächsten Jahren wird der Bau neuer Sozialwohnungen zwar noch einmal ansteigen, da unser Wohnungsprogramm der letzten Jahre dann wirken wird. Für die Zeit danach sehe ich allerdings schwarz. Denn die schwarz-gelbe Landesregierung hat dem geförderten Geschosswohnungsbau den Kampf angesagt. Stattdessen wird der Eigenheimbau priorisiert. Das nutzt Menschen mit niedrigen Einkommen herzlich wenig. Bereits jetzt fehlen günstige Mietwohnungen, gerade in den Großstädten. Auch in Dortmund ist der Wohnungsmarkt angespannt. Die Mieten steigen auch hier – ein Blick auf Immobilienportale und Wohnungsanzeigen genügt.

Sarah Philipp stellt richtig fest, dass die Eigenheimförderung der Landesregierung „an der Realität“ vorbei führt. Es gibt bereits eine eigene Eigentumsförderung des Landes und des Bundes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Zudem gibt es Regionen im Lande, in denen zu viele Eigenheime gebaut und somit eine Überversorgung erzeugt wird. Schwarz-Gelb muss hier eindeutig seinen Kurs wechseln, gerade auch um eine Spaltung des Wohnungsmarktes in neue Quartiere mit hohen Mieten/teurem Eigentum und Quartieren mit überaltertem, unmodernisiertem Wohnungsbestand vorzubeugen.

In der letzten Plenarwoche haben wir dies auch noch einmal mit einem Antrag angeprangert. Eine Woche später bestätigt uns die Antwort zur Kleinen Anfrage dies nochmal.

Antwort zur Kleinen Anfrage „Bezahlbares Wohnen in NRW“: http://bit.ly/2inVwWN

Antrag „Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen – Verlässlichkeit in der Wohnraumförderung schaffen“: http://bit.ly/2yz24r9
Antrag: „Wohnraummangel braucht mehr Wohnungen statt sozialen Wohnungsbau gegen Eigenheimförderung auszuspielen“: http://bit.ly/2ipkbtZ

Schwarz-Gelb rettet Kitas – vorerst

Mit einem 500-Millionen-Euro-Rettungspaket will die Landesregierung die Kitas retten. Viele Träger hatten in den letzten Monaten eine Sturmwarnung herausgegeben, dass mit den vorhandenen Pauschalen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, die steigenden Personal- und Sachkosten nicht ausreichend abgedeckt werden können. Das Kita-Rettungsgesetz, das in der letzten Plenarwoche nun von der Landesregierung in den Landtag eingebracht wurde, ist zwar wichtig, aber es bringt uns nicht weiter. Es reagiert nur auf die aktuelle finanzielle Lage der Träger. Wenn sich aber die Finanzierung, die im Kinderbildungsgesetz verankert ist, nicht wesentlich ändert, stehen wir in den nächsten Jahren vor dem selben Problem. Nämlich, dass die Träger der Kitas immer noch mit unzureichenden Pauschalen ein hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot anbieten müssen. Daher fordern wir die Landesregierung auf, endlich eine Reform des Kinderbildungsgesetzes anzugehen.

Schulsozialarbeit muss weiter finanziert werden

Das Thema Schulsozialarbeit ist so ein Thema, das die Landesregierung auf die lange Bank schiebt. Schon bald läuft das Finanzierungsprogramm des Landes aus, über das Bildungs- und Teilhabeberater in den Schulen finanziert werden. Diese sollen Kindern und Jugendlichen aus Familien, die von Arbeitslosengeld 2 leben, helfen, die ihnen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets zustehenden Mittel für Nachhilfe, Sportausrüstung, Mittagessen in der Schule, Klassenfahrten etc. zu beantragen. Das ist eigentlich Aufgabe des Bundes. Das Land sprang vor zwei Jahren mit dem Förderprogramm ein, damit die Schulsozialarbeiterstellen, die bis dahin befristet vom Bund finanziert wurden, erhalten werden.
Es ist erfreulich, dass die neue Landesregierung auch die Schulsozialarbeit für wichtig und erhaltenswert beachtet und auch den Bund in die Pflicht nehmen und notfalls das Landesprogramm verlängern will. Letzteres will sie aber erst in den Haushaltsberatungen für 2018 thematisieren. Ob das mal nicht zu spät ist?

Antrag: „Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter sichern!“: http://bit.ly/2xQi7xt

Die Stahlsparte von ThyssenKrupp muss in NRW bleiben!

Auch in der zurückliegenden Plenarwoche hat uns das Thema ThyssenKrupp beschäftigt. Nach der großen Stahldemo in Bochum zogen Demonstrant*innen per Schiff auf dem Rhein vor den Landtag, um vom Wasser aus für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der Mitbestimmung bei ThyssenKrupp zu kämpfen.

Im Landtag debattierten wir in einer über einen Antrag unserer Fraktion, der die Landesregierung auffordert, sich für den Erhalt des Unternehmenssitzes von ThyssenKrupp Steel in NRW einzusetzen. Genau das hatte zuletzt auch Arbeitsminister Karl-Josef Laumann gefordert, während sein eigener Ministerpräsident der Ansicht ist, dies den Unternehmen selbst zu überlassen.

Wie unser Fraktionsvorsitzender Norbert Römer richtig feststellte: "Einen Kampf kann man verlieren. Aber das ist doch kein Grund, ihm aus dem Weg zu gehen." Laschet wollte als Ministerpräsident den Menschen zuhören. Bei den Beschäftigten von ThyssenKrupp und ihren Sorgen vor Arbeitsplatzverlust hat er das nicht getan. Kein Protest, keine Alternativvorschläge - nur Schweigen. Es ist Zeit, Krach zu machen. Für die Arbeitsplätze und für die Montanmitbestimmung.

Rede von Norbert Römer:
https://youtu.be/b3ZJ1O0tKV4

Mittel im Kinder- und Jugendförderplan erhöhen

Durch die SPD-geführte Landesregierung wurden die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) seit dem Jahr 2011 in zwei Stufen von gut 80 Millionen Euro bis zum Haushalt 2017 um mehr als 36 Prozent auf insgesamt 109 Millionen Euro erhöht. Dadurch konnten sowohl bewährte Ansätze als auch neue Maßnahmen in der offenen und freien Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden. Zukünftig muss der KJFP die vielfältigen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen durch eine breite Förderung berücksichtigen und eine ausgewogene Mischung aus

Projekt- und Strukturförderung unterstützen. Um das zu finanzieren, wollen wir die Mittel für den KJFP um 20 Prozent auf 130,8 Millionen Euro erhöhen und jährlich überprüfen, inwieweit z.B. für steigende Personalkosten ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden muss. Dazu haben wir in der letzten Plenarwoche einen Antrag eingebracht. Auch wenn unser Antrag abgelehnt wurde, so werden wir das Thema an sich im Kinder- und Jugendausschuss weiter diskutieren.

Antrag „Kinder- und Jugendförderplan erhöhen - Fördervielfalt ausweiten!“:
http://bit.ly/2yT7u1z

Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

In der vergangenen Legislaturperiode wurde in einem breit angelegten parlamentarischen Prozess und mit Unterstützung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein weitreichendes Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vorgelegt und vom Landtag beschlossen. Mit dem Integrationsplan wird das Ziel verfolgt, allen zu uns kommenden Menschen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dabei wurde auf die jahrzehntelange Erfahrung in NRW und auf die hier bereits vorhandenen Strukturen zurückgegriffen. In der letzten Plenarwoche forderten wir von der Landesregierung die Fortführung und Weiterentwicklung des Integrationsplans für NRW.

Antrag: „Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden“: http://bit.ly/2gmTrGo

Die AfD demaskiert sich

Ich habe lange überlegt, ob ich dieses Thema ansprechen soll und mich auch mit anderen Menschen beraten, wie man damit umgehen sollte. Aber nach der letzten Plenarwoche war mir und war auch vielen anderen Abgeordneten klar, dass man die Art und Weise, wie die AfD im Landtag auftritt, öffentlich machen muss. Da wird offener Fremden- und Menschenhass in den Landtagsdebatten propagiert. Wer dies nicht glaubt, möge sich gerne eines Besseren belehren und die Videoaufzeichnung zur Debatte zum Thema Europafeindlichem Populismus (TOP 10), die es auf der Internetseite des Landtags gibt, anschauen. Zumuten möchte ich es aber niemanden.

Videoaufzeichnung Plenardebatte 11.10.2017: http://bit.ly/2xQVDw7

Besuch im Landtag

In den letzten Wochen hatten wir zwei Besuchergruppen aus Dortmund zu Besuch im Landtag. Den Anfang machten am 27. September 90 Schüler*innen der Marie-Reinders-Realschule in Hörde und probten sich zum Thema Wahlrecht ab Geburt im Plenarsaal selbst als Abgeordnete. Die Aufregung der Redner*innen am Rednerpult war groß. Das konnte ich sehr gut nachvollziehen, da ich genau eine Woche zuvor das erste Mal selbst dort stand. Anschließend diskutierte ich mit der einen Hälfte der Schüler*innen über Themen wie Kinderarmut, Arbeitslosigkeit Trump, Erdogan, die AfD oder zur Integration von Flüchtlingen, aber auch wie ich selbst in die Politik kam und wie mein Arbeitsalltag aussieht.

Am 13. Oktober besuchte dann auf Einladung meines Abgeordnetenkollegen Armin Jahl die Dortmunder Seniorengruppe der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten den Landtag. Sehr gerne kam ich zu der Diskussionsrunde, in der wir über Arbeitsnehmerfragen, Rente, bezahlbaren Wohnraum und Nahverkehr diskutierten, dazu.

Foto unten: SPD-Landtagsfraktion NRW

Innovatives Handwerk

Das Handwerk ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Ihr Markenkern sind hohe Qualität, Innovation und vor allem eine hochwertige Berufsausbildung und Weiterbildung. Daher habe ich die Einladung der Handwerkskammer Dortmund zu einer Exkursion in die Region unter dem Titel Handwerk Live sehr gerne angenommen, um mich über die Arbeit von zwei sehr innovativen Unternehmen zu informieren.
Die Firma Henke ist Spezialist für Dächer und Fassaden und die Firma Ambrock Spezialist für Oberflächentechnik. Beide Unternehmen setzen auf Digitalisierung, um noch leistungsfähiger zu werden, stehen aber auch für die Traditionen und Werte, die das Handwerk über viele Jahrzehnte stark gemacht haben, ein. Um die Digitalisierung im Betrieb erfolgreich umzusetzen, ist die Weiterbildung der Belegschaft eine wichtige Aufgabe, die hier vorbildhaft wahrgenommen wird.

Infovideo zur Henke AG: https://youtu.be/LoIaw3hLCa8
Infovideo zur Ambrock GmbH: https://youtu.be/nfQbeDLYxmk

Fotos: Handwerkskammer Dortmund

Faires Frühstück auf der Weltbaustelle in Hörde

Nach meinem Besuch auf der FairFriends! Messe lud mich das Informationszentrum Dritte Welt in Dortmund und das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der evangelischen Kirche von Westfalen (MÖWE) nun zu einem Fairen Frühstück auf die Weltbaustelle in Hörde ein. Die Künstler Joe Madisia aus Namibia und Oliver Mark von den Urbanisten Dortmund gestalteten dort eine Häuserwand auf der Piepenstockstraße.

Im Rahmen der Kampagne „Weltbaustelle NRW“ werden und wurden in ganz NRW 16 Häuserwände künstlerisch gestaltet. Mit den großen Kunstwerken wird eindrucksvoll auf die Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der Vereinten Nationen hingewiesen: hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, weniger Armut und einer nachhaltigen Entwicklung.

Mit dabei waren auch meine SPD-Kollegen Ullrich Sierau, der als Dortmunder Oberbürgermeister die Schirmherrschaft übernommen hatte und André Stinka, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW.

Foto: Rüdiger Barz

Frauen an der Spitze – dünnes Eis und dicke Bretter

Vor ein paar Wochen, ich stieg gerade in meine Arbeit als frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion ein, fragte mich die Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Daniela Jansen, ob ich nicht Lust hätte, mit Genossinnen zu diskutieren, wie man erfolgreich den Weg in ein politisches Spitzenamt findet. Am 14. Oktober war es dann so weit. Die AsF NRW lud Genossinnen in politischen Spitzenpositionen und Kandidatinnen der letzten Wahlkämpfe aus ganz NRW nach Duisburg ein. Zusammen mit Generalsekretärin Svenja Schulze, Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke und den Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Kerstin Griese tauschten wir Erfahrungen aus. Wir waren uns einig, dass es noch Jahre dauern wird, mehr Frauen als bislang in Mandate zu bringen und dort auch zu halten.

Mehr Austausch und Vernetzung untereinander und rechtzeitige Unterstützung bei Kandidaturen werden gewünscht. Verkrustete Strukturen und undurchsichtige Absprachen im Vorfeld sind Hemmnisse, die genannt wurden. Die Auswertung der Ergebnisse und daraus abzuleitende Maßnahmen werden die Aufgabe des AsF-Vorstandes in den nächsten Monaten sein.

Foto: AsF NRW

Im Wahlkreis unterwegs

Auch diese Ausgabe schließe ich wieder mit einer Auflistung meiner Termine im Wahlkreis ab. Es ist mir wichtig, auch vor Ort mit den Menschen in Kontakt zu kommen und ein Ohr im Wahlkreis zu haben. Das ist gar nicht so einfach. Häufig bin ich an vier Tagen in der Woche in Düsseldorf und nehme dort an Sitzungen im Landtag gesprächeteil. Oft bleibt dann nur der Freitag oder das Wochenende, um Präsenz vor Ort zu zeigen.

Seit der letzten Ausgabe des Newsletters habe ich folgende Termine wahrgenommen: Infostände SPD Stadtbezirk Hombruch, SPD Unterbezirk Dortmund und SPD Ortsverein Marten, Wahlparty im Rathaus, Faires Frühstück auf der Weltbaustelle Dortmund, Jubilarfeier AWO Ortsverein Wichlinghofen, Handwerk Live mit der Handwerkskammer Dortmund, Fußballturnier von

SPD Ortsverein Borussia (Oespel/Kley) und Christlichem Jugendorf in Kley, Wahlhelfer-Dankeparty von Sabine Poschmann, Kundgebung und Familienfest des Roma-Kulturfestivals Djelem Djelem!, Kulturfrühstück des SPD Ortsvereins Bittermark/Lücklemberg, Jubilarfeier AWO Ortsverein Eving und DGB-Veranstaltung zum Lohntransparenzgesetz.